

M. TROENDLE
Botschafter

VERTRAULICH

DIE SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(April 1964 bis Februar 1969)



I. T E I L

A. POLITIK

1. Der Beginn meiner Mission in der Bundesrepublik Deutschland fiel zeitlich ungefähr zusammen mit dem Ende der Aera Adenauer.

Bonn war zu jenem Zeitpunkt noch daran gewöhnt, in der Berlin- und Deutschlandfrage das Weltproblem Nummer eins zu sehen. Man setzte alle Hoffnung auf die Vereinigten Staaten und auf eine politische Einigung Europas, im Glauben, dadurch der Wiedervereinigung näher zu kommen.

In der Regierungszeit von Kanzler Erhard brach dann nach und nach die für viele Deutsche enttäuschende Erkenntnis durch, dass nicht nur im Osten keinerlei Bereitschaft besteht, Hand zu bieten zu einer Wiedervereinigung, sondern dass sich auch der Westen mehr und mehr desinteressiert. Weil das "Gleichgewicht des Schreckens" eine politische Verständigung zwischen Washington und Moskau bedingte, kam in der Bundesrepublik die Befürchtung auf, die Vereinigten Staaten könnten auf Kosten Deutschlands mit der Sowjetunion ins Reine kommen. Die periodischen Solidaritätserklärungen Washingtons vermögen nicht, die Gemüter dauernd zu beruhigen.

2. Die durch Adenauer angebahnte Aussöhnung zwischen den Deutschen und den Franzosen, welche im triumphalen Empfang gipfelte, den die deutsche Bevölkerung am 9. September 1962 General de Gaulle bereitete, geriet unter Erhard zeitweise in eine kritische Phase. Die Regierung der grossen Koalition ist jedoch wieder mehr auf Adenauers Linie eingeschwenkt, und heute sieht die offizielle Bonner-Politik,

angesichts der "Unzuverlässigkeit" der Amerikaner, keinen andern Ausweg, als mit Frankreich zusammenzuspannen, selbst dann, wenn die eigenmächtigen Entscheidungen des französischen Präsidenten den deutschen Auffassungen oder Interessen zuwiderlaufen.

3. Eine Aenderung der Aussenpolitik steht nicht zur Diskussion, ganz einfach, weil sich keine "solution de rechange" darbietet. In der Tat misslang der grossangelegte Versuch eines Ausgleichs mit dem Ostblock. Bonn ist vom gesteckten Ziel, die Beziehungen mit den unmittelbaren und mittelbaren östlichen Nachbarn zu bereinigen und auch mit der Sowjetunion in ein besseres Verhältnis zu gelangen, um damit die DDR zu isolieren, noch weit entfernt. Der Krenl hat mit seinem Schlag gegen die Tschechoslowakei unmissverständlich erkennen lassen, dass er nicht gewillt ist, einen Einbruch in seine politisch-strategische Position in Europa zuzulassen.

4. Die Bundesrepublik war von Anfang an ganz für die politische Zielsetzung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingenommen und hatte in Professor Hallstein einen Überzeugten Befürworter. Mehr und mehr setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass es nicht möglich ist, auf der Basis eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses direkt zu einer politischen Integration zu gelangen, sondern dass hierfür zusätzliche Impulse notwendig sind, die vorläufig noch fehlen und auch nicht künstlich geschaffen werden können. Wenn die Deutschen den Eintritt Grossbritanniens in die EWG befürworten, so sind weniger wirtschaftliche denn politische Ueberlegungen massgebend. Sie hoffen wie gesagt auf ein politisch geeintes Europa, um mit dessen Hilfe die Wiedervereinigung zu erlangen, und suchen ausserdem nach einem Gegen-

gewicht, um die Vormachtstellung Frankreichs zu kompensieren. Sie fürchten aber eine Hegemonie Frankreichs nicht so sehr, denn ihr Selbstbewusstsein ist gross genug, um sie glauben zu lassen, wirtschaftlich viel stärker zu sein und deshalb auf die Dauer schon mit Frankreich fertig zu werden. In manchen Köpfen spielt auch noch die Ueberlegung mit, dass schliesslich nicht die Franzosen das Dritte Reich auf die Knie gezwungen haben. Andererseits hat die Person des Generals für viele Deutsche auch heute noch etwas Faszinierendes, denn seine Allüren imponieren. Man wäre im Grunde genommen froh, auch einen de Gaulle an der Spitze des Staates zu haben, man traut aber dem "Möchtegern de Gaulle" Franz Joseph Strauss nicht recht über den Weg.

Wenn heute Frankreich in der Bundesrepublik wieder eine eher schlechte Presse hat, so beruht dies nicht allein auf den eigennützigen politischen Entscheidungen des französischen Staatschefs, sondern auch auf dem malaise, welches durch den Umstand bedingt ist, dass sich bei den zwischenstaatlichen und multilateralen Verhandlungen die französischen Delegierten den deutschen in Wissen und Können und in Verhandlungstaktik haushoch überlegen zeigen. Beim Auswärtigen Amt wird geklagt, man habe keine geschulten Leute, die den Anforderungen internationaler Konferenzen gewachsen sind. Auch hier tritt die während der Naziperiode entstandene Bildungslücke zu Tage.

5. Ich habe am 21. März 1966 vor der Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung" über die Deutschlandfrage referiert und darf meine damaligen Ausführungen zum Bestandteil dieses Berichtes machen, denn diese haben auch heute noch Geltung. Viele deutsche Politiker fühlen sich im Denkmodell des Alleinvertretungsanspruchs eingeengt und reden neuen Konzeptionen das Wort, die meistens, mehr oder weniger

direkt, auf eine faktische Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der Ostzone des ehemaligen deutschen Reiches hinauslaufen. In letzter Zeit ist hauptsächlich die Freie Demokratische Partei (FDP) mit neuen Vorschlägen auf die politische Bühne getreten, um im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen ihr "Profil" zu zeigen. Aber auch in Kreisen der Sozialdemokratischen Partei (SPD) sind Kräfte am Werk, um das Verhältnis zu der DDR auf der Basis gleichberechtigter souveräner Partner zu bereinigen. Innerhalb der CDU/CSU zeigen sich der bayrische Flügel und die Politiker des Ruhrgebietes am wenigsten einem Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch zugänglich.

6. Die breiten Massen der deutschen Bevölkerung interessieren sich recht wenig für diese politischen Probleme. Der relative Wohlstand macht sie träge. Die Jugend, welche sich gegen diesen Wohlstand und gegen das sogenannte "establishment" auflehnt, ist rein destruktiv veranlagt. Sie kennt keine Lösungen, sondern nur Kritik. Es ist auch besorgniserregend, dass der militärische Uebergriff der Warschauer-Paktmächte auf ihren tschechoslowakischen Bündnispartner bei der westdeutschen Bevölkerung wohl einen Schock auslöste, aber die Verteidigungsbereitschaft der Bürger und insbesondere der Jugend dadurch keinen Auftrieb erhalten hat. Noch nie war die Zahl der Dienstverweigerer so gross wie im vergangenen Jahr. Beim Verteidigungsministerium ist man über diese Entwicklung besorgt, zumal die Dienstverweigerung auch innerhalb der Mannschaften der Bundeswehr um sich greift.

7. Die Bemühungen der Politiker der grossen Koalition, sich eine vermehrte aussenpolitische Bewegungsfreiheit zu verschaffen, sind unverkennbar. Aussenminister Brand möchte sich "freischwimmen". Es ist aber zur Zeit der Bundesrepublik

noch nicht möglich, eine ihrer wirtschaftlichen Grossmachtstellung adäquate politische Bedeutung zu gewinnen. Diejenigen, die das nicht begreifen, vergessen, dass Deutschland einen Krieg verloren hat, an dessen Folgen noch mehrere Generationen werden zu tragen haben. Das aus der relativen politischen Bedeutungslosigkeit der Bundesrepublik resultierende weitverbreitete Unbehagen wird noch potenziert durch die sich durchsetzende Erkenntnis, dass die Deutschen in der atlantischen Gemeinschaft zwar dank ihres militärischen Potentials ernst genommen werden, aber trotzdem eher Objekt denn Subjekt der politischen Willensbildung des Westens bleiben und im Grunde genommen den politischen Zielsetzungen Washingtons zu dienen haben, auch wenn als Gegenleistung ihre eigene Sicherheit garantiert wird.

8. Es würde in diesem Zusammenhang zu weit führen, das Problem der deutschen Vergangenheitsbewältigung näher zu behandeln. Unser Landsmann Armin Mohler, der sich bekanntlich in seiner Jugend ebenfalls von nationalsozialistischem Gedankengut angezogen fühlte, hat im vergangenen Jahr in seinem mit "Vergangenheitsbewältigung" betitelten Buch versucht, die heutige Geistesverfassung der deutschen Bevölkerung psychologisch zu deuten. Er kommt hiebei u.a. zu der einleuchtenden Feststellung, dass der Grundzug des Verhaltens einer an primitive Völker gemahnende Art Gegenzauber entspricht: Immer das Gegenteil von dem tun, was man vor 1945 getan hat, dann kann es nicht wieder schlimm enden!

Sicher nicht ganz zu Unrecht weist er auch auf das Verhalten der Westmächte - insbesondere Frankreich und die Vereinigten Staaten - hin, die während des kalten Krieges, als sie an der deutschen Aufrüstung interessiert waren, die Vergangenheit Vergangenheit sein liessen, um nachher je nach

Bedarf die Deutschen wieder an ihre Untaten zu erinnern. Dies hätte bei letzteren den Eindruck erweckt, für den Westen sei die Bewältigung der deutschen Vergangenheit ein blosses Mittel zu bestimmten politischen Zielen.

Wenn dem so ist, darf man sich kaum mehr verwundern, dass mehr und mehr die Auffassung überhand nimmt, man müsse endlich einmal mit all dem Schluss machen.

9. Das deutsch-schweizerische Verhältnis wurde im vorerwähnten Referat eingehend behandelt. Meine Beurteilung hat sich in den drei seither verflossenen Jahren nicht geändert. Nach wie vor geniesst unser Land in der Bundesrepublik grosses Ansehen. Die Gesprächspartner, die nicht irgend eine Beziehung zur Schweiz haben, sind selten und allenthalben tritt eine sympathische Einstellung zu Tage, manchmal mit der Einschränkung, dass auch heute noch die Deutschen in der welschen Schweiz und im Tessin freundlicher aufgenommen werden als in der deutschen Schweiz. Ich war jeweils um eine Erklärung dieses sicher zutreffenden Phänomens nicht verlegen, indem ich auf den Umstand hinwies, dass während des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland die deutsche Kultur als Ganzes geschändet worden sei, was eben auch die alemannischen Schweizer treffen musste, nachdem sie an diesem Kulturgut Anteil haben, während bei den Welschschweizern solche Ueberlegungen begreiflicherweise nicht dieselbe Rolle spielen.

10. Die Liebe, welche die Deutschen für unser Land haben, beruht bekanntlich nicht uneingeschränkt auf Gegenseitigkeit. Von der Begeisterung für das Deutsche Reich, wie sie noch vor dem ersten Weltkrieg, etwa anlässlich des Besuches des deutschen Kaisers in Zürich, zum Ausdruck kam, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Ich bin aber während meiner Tätigkeit in der Bundesrepublik zur Erkenntnis gelangt,

dass die insbesondere in der Nordwestschweiz vorherrschende "Teutonophobie" nicht an der Landesgrenze aufhört. Die Einstellung im badischen Gebiet bis gegen Mannheim und auch in den südlichen Teilen von Württemberg ist mindestens so anti-deutsch (deutsch im Sinne der Bismarckschen Reichsidee) wie in der Schweiz, von der Sonderstellung Bayerns gar nicht zu reden. Die Gegensätzlichkeiten zwischen Nord und Süd sind noch nicht überwunden. Ein Stuttgarter Journalist schüttelte mir nach der Ernennung Kiesingers zum Bundeskanzler die Hand mit der Bemerkung: "Rache für Königsgrätz".

B. PRESSE

1. Die ungetrübten politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern fanden auch ihren Niederschlag in der Presse. Dabei ist aber festzuhalten, dass sich die deutschen Zeitungen recht wenig um unsere schweizerischen Probleme kümmerten. Sie brachten meistens nur Nachrichten sensationellen Charakters, wobei sie manchmal auch zu Uebertreibungen neigten oder aber eine gewisse Schadenfreude erkennen liessen, wenn bei uns irgend etwas schief ging. Hinter diesem Verhalten liegt weniger Absicht als Verständnislosigkeit für eine seriöse und mehr analytisch orientierte Berichterstattung.

2. Ganz anders die schweizerische Presse, welche sich laufend mit den politischen Problemen der Bundesrepublik befasste und sich hiebei, mit wenigen Ausnahmen, einer bemerkenswerten Objektivität befleißigte. Natürlich übte sie auch Kritik, wobei sie jedoch meistens mit dieser Kritik vielen Deutschen aus dem Herzen sprach, wenn auch in offiziellen Kreisen diese Kritik nicht immer gerne vernommen wurde. Aussenminister Schröder gab mir einmal zu verstehen, dass er die Haltung der Neuen Zürcher Zeitung mehr schätze als diejenige

der negativer eingestellten Basler Nachrichten, welche offenbar mehr links orientiert seien!

3. Anlässlich meines Abschiedsbesuches bei Bundeskanzler Kiesinger erwähnte ich, es sei mir aufgefallen, wie wenig sich die deutschen Tageszeitungen mit politischen Grundsatzen auseinandersetzen; andererseits erschienen jedoch auf dem Büchermarkt hin und wieder ganz ausgezeichnete Publikationen, die aber in der deutschen Presse keine Beachtung fänden, während sie zum Beispiel in der Neuen Zürcher Zeitung oder in der Weltwoche regelmässig besprochen würden. Der Bundeskanzler antwortete mir hierauf freimütig, er müsse zur Schande der Bundesrepublik zugeben, dass die Neue Zürcher Zeitung das beste und seriöseste Blatt in deutscher Sprache sei!

C. WIRTSCHAFT

1. In den letzten fünf Jahren stand die Bundesrepublik im Zeichen wirtschaftlicher Erstarkung. Das Brutto-Sozialprodukt, welches im Jahre 1963 377 Milliarden DM erreichte, dürfte im verflissenen Jahr die 500 Milliarden-Grenze überschritten haben. Seit Ende 1963 ist die Einfuhr um 40 % und die Ausfuhr um 54 % gestiegen. Letztere näherte sich im vergangenen Jahr der 100 Milliarden-Grenze und die beiden letzten Jahre brachten einen riesigen Exportüberschuss von 16,8, bzw. 18,4 Milliarden DM, zum Teil dank der relativen Preisstabilität in der Bundesrepublik und der fortschreitenden Teuerung in den Absatzländern. Dieser strukturelle Exportüberschuss stellt ein internationales Problem dar, welches bekanntlich unlängst eine Spekulation auf eine Aufwertung der deutschen Mark auslöste. Es scheint fraglich, ob die Bundesbank auf die Dauer um diese Massnahme herumkommt, denn ihre Bemühungen

um Kapitalexport haben noch zu keiner Gleichgewichtslage in der Zahlungsbilanz geführt. Nötig wäre ein vermehrtes Interesse der deutschen Industrie an Direktinvestitionen im Ausland. Diese sind zwar auf 14,5 Milliarden DM angestiegen, was aber im Vergleich zum Aussenhandelsvolumen immer noch bescheiden ist, wenn man berücksichtigt, dass sogar Grossbritannien auf einen Investitionsbetrag von 90 Milliarden DM kommt. Von den Vereinigten Staaten mit ihren 400 Milliarden DM gar nicht zu reden. Es ist andererseits jedoch auch zu berücksichtigen, dass die deutsche Industrie nicht überall mit offenen Armen empfangen wird, wenn sie im Ausland Betriebsstätten errichten will. Mit ihrer hemmungslosen Expansionsfreudigkeit wird sie mehr und mehr auf Widerstand stossen, und das Problem lässt sich nicht damit abtun, dass Bundeskanzler Kiesinger feststellt, die Bundesregierung denke nicht daran, die Ausfuhr einzudämmen, nur um den Kommunisten recht zu geben, wenn sie behaupten, das kapitalistische System sei zum Untergang verdammt. Auf dieses Problem angesprochen, sagte mir unlängst ein Ruhrindustrieller, in seinem Unternehmen gelte der Grundsatz, dass die deutsche Industrie in jedem Fall, sowohl in Qualität als auch in Preis und punkto Lieferbedingungen, jeder ausländischen Konkurrenz gewachsen sei. Wenn daher ein Auftrag an letztere verloren gehe, so liege ein Versagen der Verkaufsabteilung vor, was jeweils für die Verantwortlichen Konsequenzen mit sich bringe.

2. In der bilateralen Relation Schweiz-Deutschland hat sich der Aussenhandel, am deutschen Gesamtergebnis gemessen, weniger entwickelt. Von 1964 bis 1968 ist unsere Einfuhr aus der Bundesrepublik nur um 22 % und unsere Ausfuhr um 32 % gestiegen. Nach wie vor ist aber unser nördlicher Nachbar unser grösster Lieferant und unser bester Kunde. Im Jahre 1961 war die BRD mit 30,5 an unserer Gesamteinfuhr beteiligt. 1968 nur noch mit 29,5, während bei der Ausfuhr der entsprechende

Anteil von 18,8 auf 14,2 % zurückging. Der traditionelle schweizerische Einfuhrüberschuss hat 1967 zum erstenmal die 3 Milliarden-Grenze überschritten und bezifferte sich im vergangenen Jahr auf rund 3,3 Milliarden Franken.

3. Man sollte erwarten dürfen, dass wir bei der Bedeutung, die unserem Land als Abnehmer deutscher Waren zukommt - stehen wir doch in der Ausfuhrstatistik an sechster Stelle - in der Bundesrepublik einen zuverlässigen Helfer in unserem Kampf gegen die von der EWG her drohende handelspolitische Diskriminierung haben. Leider zeigt sich aber auch hier, dass in Bonn der politischen Zielsetzung dieser Gemeinschaft das Primat zukommt. Dies wurde in jüngster Zeit besonders augenfällig, als es darum ging, das Mitspracherecht der Schweiz bei den Verhandlungen über das deutsche Arrangementprojekt von allem Anfang an durchzusetzen. Die Botschaft hat bei ihren unablässigen Interventionen auch an höchster Stelle zwar viel freundschaftliche Worte vernommen, aber keine Taten feststellen können.

D. KULTUR & WISSENSCHAFT

1. Während in der wilhelminischen Periode vor dem ersten Weltkrieg auf kulturellem Gebiet die deutschsprachige Schweiz eher im Schatten des grossen Nachbarn stand, hat sich seit Ende des zweiten Weltkrieges die Situation sozusagen umgekehrt. Der verheerende Einfluss des Nationalsozialismus auf das kulturelle Leben in Deutschland ist heute bei weitem noch nicht wettgemacht. Es besteht noch ein Vakuum, welches der schweizerischen kulturellen Ausstrahlung nach Norden noch nie dagewesene Möglichkeiten bietet. Ich kann in diesem Zusammenhang auf den umfassenden Bericht verweisen, welchen die Botschaft am 19. Februar d.J. erstattet hat und aus welchem

hervorgeht, dass nicht nur über 140 Schweizerbürger als Dozenten an deutschen Hochschulen wirken, sondern dass auch auf dem Gebiete von Literatur, Musik und Kunst eine schweizerische Präsenz in einem Umfang verzeichnet werden kann, die in keinem andern Nachbarland möglich ist. Die Botschaft konnte im Jahre 1968 665 kulturelle Veranstaltungen registrieren, an welchen Schweizer als Autoren oder Interpreten beteiligt waren.

2. Erfreulich ist die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die sich anbahnt, sowohl auf offizieller wie auch auf industrieller Ebene. Auch auf diesem Gebiet leistet unser Land einen wesentlicheren Beitrag als umgekehrt, dank des Umstandes, dass fast alle bedeutenden schweizerischen industriellen Unternehmen insbesondere auf dem Gebiete der Chemie, der Maschinenindustrie und des Apparatebaus in der Bundesrepublik bedeutende eigene Betriebsstätten unterhalten. An prominentester Stelle steht der Brown Boveri-Konzern in Mannheim.

Die offiziellen Kontakte waren recht lebhaft. Nach Besuchen des Präsidenten des Schweizerischen Wissenschaftsrates und des Delegierten für Fragen der Atomenergie in der Bundesrepublik weilte im März 1968 der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung zu einem erspriesslichen Meinungsaustausch in der Schweiz.

II. T E I L

(Administratives)

1. Bei Uebernahme der Botschaft in Köln erhielt ich u.a. den Auftrag, nach geeigneten Lokalitäten Umschau zu halten, um sobald als möglich wenigstens die Botschaftskanzlei von Köln in den Raum Bonn verlegen zu können. In der Folge bot sich im Dezember 1964 Gelegenheit zum Erwerb eines Grundstückes, welches gross genug ist, um darauf sowohl Kanzlei als auch Residenz zu errichten. Die Vorbereitungsarbeiten für die Bauplanung sind im Rückstand, wiewohl die Botschaft schon wenige Wochen nach dem Grundstückserwerb ein Raumprogramm aufstellte.

Während sich das Residenzgebäude in verhältnismässig gutem Zustand befindet und ohne Einschränkung die Erfüllung der repräsentativen Verpflichtungen gestattet, ist zu erwarten, dass über kurz oder lang am Kanzleigebäude nicht mehr aufschiebbar kostspielige Reparaturen notwendig werden. In der Tat wurde ja auch die Kanzleiverlegung nicht nur mit Rücksicht auf die zeitraubenden Dislokationen, sondern auch wegen des schlechten Zustandes des derzeitigen Gebäudes in Aussicht genommen.

2. In personeller Hinsicht ist die Mission in befriedigender Weise dotiert. Schwierigkeiten bestehen einzig beim Sekretariatsdienst, weil die Zentrale grosse Schwierigkeiten hat, Mitarbeiterinnen zu finden, die sich für eine Dienstreise in Köln bereit finden. Die überdurchschnittlich häufige Zuteilung von Sekretärinnen französischer Muttersprache, welche neben der Arbeit auch noch besser deutsch

lernen sollten, vermindert die Leistungsfähigkeit des Sekretariats in empfindlicher Weise.

3. Auf informatorischem Gebiet bemühte sich die Botschaft, der Zentrale nicht nur aktuelle Berichte über einzelne politische Vorkommnisse zuzuleiten, sondern auch die Dokumentation über das gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen in der Bundesrepublik à jour zu halten.

Die Beschaffung der hierfür notwendigen Informationen war relativ leicht, dank der Mitteilungsfreudigkeit der deutschen Gesprächspartner. Hindernd wirkte sich der Umstand aus, dass die Botschaft in Köln residiert. Darunter haben die Beziehungen mit den Bonner politischen Kreisen gelitten. Die mehr dienstlichen Kontakte mit den offiziellen Stellen liessen sich zwar mit vermehrtem Zeitaufwand in genügend intensiver Weise bewerkstelligen; hingegen war es bedeutend schwieriger, mit Parlamentariern und Journalisten in gesellschaftlichem Rahmen zusammenzukommen, weil viele von ihnen es nicht auf sich nehmen wollten, am Abend die für sie beschwerliche Reise nach Köln anzutreten. Am empfindlichsten wirkte sich der Nachteil der Distanz aus bei den Beziehungen mit den in Bonn tätigen Korrespondenten der schweizerischen Zeitungen.

In meiner Eigenschaft als Schweizerischer Botschafter in der BRD habe ich folgende grössere Referate ausgearbeitet und vorgetragen:

am 28. Oktober 1965 vor der Steuben-Schurzgesellschaft in Hannover über "Die Rolle der Schweiz in der europäischen Kultur und die schweizerisch-deutschen kulturellen Beziehungen";

am 21. März 1966 vor der Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung" über "Die Deutschlandfrage";

am 23. Oktober 1967 vor dem Handels- und Industrieverein St. Gallen über "Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland" und

am 6. Juli 1968 vor der Arbeitsgruppe "Historische Standortsbestimmung" über "Die Beziehungen zwischen West und Ost".

4. Gemessen an der Bedeutung der zwischenstaatlichen Beziehungen war der operative Arbeitsaufwand der Botschaft gering. In den fünf Jahren meiner Tätigkeit hat es auf politischem Gebiet keine nennenswerten Schwierigkeiten gegeben. Es waren auch wenig Rechtsschutzangelegenheiten zu behandeln und die Betreuung der in der Bundesrepublik niedergelassenen Mitbürger konnte in der Regel durch die konsularischen Posten gewährleistet werden, ohne dass es abgesehen von wenigen Ausnahmefällen nötig war, auch auf diplomatischer Ebene einzuschreiten.

5. Die Zusammenarbeit mit den Konsulaten wickelte sich reibungslos ab, wobei sich die jährlichen Konferenzen der Postenchefs als sehr nützlich erwiesen. Das Netz der Posten ist eng genug. Es liesse sich sogar erwägen, ob nicht gelegentlich das Konsulat in Hannover geschlossen werden könnte, wobei allerdings zu berücksichtigen wäre, dass das Land Niedersachsen, wie übrigens auch die anderen Bundesländer, aus der Schliessung eines konsularischen Postens eine Prestigefrage machen würde, so dass schliesslich der Schaden grösser sein könnte als der Nutzen der Einsparung.

6. Von den rund 34'000 in der Bundesrepublik (inkl. Westberlin) niedergelassenen Schweizerbürgern - wovon ca. 12'000 Doppelbürger, meist mit Deutschen verheiratete Schweizerinnen - sind 5'300 Mitglied eines der 48 bestehenden Schweizervereine. Die Struktur der schweizerischen Ge-

meinschaften ist gekennzeichnet durch eine auffallende Ueberalterung und auch durch eine starke Verbindung mit dem einheimischen Element, bedingt durch Ehefrauen deutscher Herkunft. Das Vereinsleben kann in manchen Fällen nur mit Mühe aufrechterhalten bleiben und hängt mehr zufällig von der Initiative einzelner Mitbürger ab. Dort wo Nachwuchskräfte vorhanden sind, wie in München oder in Frankfurt, geht es etwas besser. In Frankfurt existiert sogar eine Schiessektion.

Auf Initiative der Botschaft wurden im vergangenen Jahr durch einige Posten Jungbürgerzusammenkünfte durchgeführt, und zwar mit ermutigendem Erfolg. Auch die verschiedenen Bundesfeiern erfreuten sich eines befriedigenden Besuches, insbesondere dort, wo sie wegen der Ferienperiode zeitlich etwas verschoben wurden. Während meiner fünfjährigen Tätigkeit hatte ich Gelegenheit, alle wichtigeren Schweizervereine zu besuchen und auch während der Bundesfeiern in ihrer Mitte zu weilen.

7. Bei der wirtschaftlichen Tätigkeit lag das Hauptgewicht auf informativem Gebiet und bei der Wahrnehmung unserer wirtschaftspolitischen Interessen im Hinblick auf die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In bilateraler Hinsicht gab es wenig Schwierigkeiten und es ist bezeichnend für den reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Austausches zwischen den beiden Ländern, dass die Botschaft kaum je in die Lage kam, schweizerische Geschäftsleute zu empfangen, welche die Notwendigkeit sahen, mit den Zentralbehörden in Bonn Fühlung zu nehmen.

8. Auf kulturellem Gebiet konnte die Botschaft eine intensive und erspriessliche Tätigkeit entwickeln. Wohl kamen die meisten Veranstaltungen mit schweizerischer Beteiligung ohne ihr Dazutun zu Stande; es galt aber die vor-

handenen Initiativen zu koordinieren und zu rationalisieren. Viel Arbeit verursachte auch die statistische Erfassung des gesamten Geschehens.

Auf musikalischem und literarischem Gebiet war ich bestrebt, in Veranstaltungen in der Residenz schweizerische Nachwuchskräfte bekannt zu machen, mit feststellbarem Erfolg. Es konnten sieben Konzerte und Dichterlesungen mit jeweils 80 bis 110 Gästen durchgeführt werden.

9. In gesellschaftlicher Hinsicht war die Botschaft sehr aufwendig. Das diplomatische Korps zählte zeitweise über 100 Missionen. Die Beamten der verschiedenen Ministerien nehmen sehr gerne Einladungen an, besonders diejenigen auf der mittleren Stufe, wobei sich entsprechende Aufmerksamkeiten meistens gut bezahlt machen.

Während meiner Tätigkeit in Köln habe ich zu 230 Essen insgesamt 3'250 Gäste empfangen. Neben den bereits erwähnten Hauskonzerten mit total 660 Eingeladenen fanden sich ausserdem noch 5'600 Personen bei verschiedenen Anlässen ein, wovon die grossen und wohlgelungenen Empfänge anlässlich der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung für Lebens- und Genussmittel (ANUGA) besondere Erwähnung verdienen.